

BERLINER RUNDSCHAU

Endlich den
Sommer genießen

CDU-Chef Frank
Henkel auf dem
Landesparteitag:
„Wir wollen mehr.“



Seite 4-5

Wussten Sie schon? 7 Fakten aus 70 Jahren **CDU**

Dass die CDU als föderal geprägte Partei **17 Landesverbände** hat? Keinen in Bayern, dafür gleich drei in Niedersachsen (Braunschweig, Hannover und Oldenburg). Organisiert ist die CDU in 336 Kreisverbänden und über 10.000 Ortsverbänden.

Dass auf dem Treppchen der **längsten Amtszeiten** als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland mit Helmut Kohl (16 Jahre), Konrad Adenauer (14 Jahre) und Angela Merkel (bis heute neun Jahre) drei CDU Politiker stehen?

Dass die Unionsparteien CDU und CSU zusammen mit über **615.000 Mitgliedern** die stärkste politische Gruppe in Deutschland sind?

Dass unter Helmut Kohl erstmals ein **Bundesumweltministerium** und ein **Frauenministerium** (1986) eingerichtet wurde und unter Angela Merkel erstmals eine **Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration** im Bundeskanzleramt berufen wurde?

Dass bislang nur die CDU/CSU bei einer Bundestagswahl (1957) mit 50,7 Prozent der Stimmen eine **absolute Mehrheit** holte?

Dass nicht nur die **erste Bundeskanzlerin** mit Angela Merkel aus der CDU stammt, sondern auch die **erste Bundesministerin** Elisabeth Schwarzhaupt, die 1961 Gesundheitsministerin wird, von der CDU ist?

Dass die Gesetze für **Tarifautonomie** (1949), **Mutterschutz** (1952), **Gleichberechtigung** (1958) und **Tierschutz** (1987) ebenso unter CDU-Kanzlerschaft beschlossen wurden, wie die Einführung des **Kindergeldes** (1955), der **Sozialhilfe** für Bedürftige (1962), des **Privatfernsehens** (1984), der **Pflegeversicherung** (1995) und der **Schuldenbremse** (2009).



CDU Fraktion fordert Schuldenabbau und zusätzliche Investitionen

Im Mai hat sich die CDU-Fraktion Berlin zu ihrer jährlichen Klausurtagung im Land Fleesensee getroffen. Neben tagesaktuellen Themen stand dabei vor allem die Schärfung des Profils mit Hinblick auf die anstehenden Abgeordnetenhauswahlen im Herbst 2016 auf dem Programm. Gemeinsam mit dem Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Peter Altmaier, wurde über die strategische Ausrichtung der Unionspolitik sowie die Rolle Berlins als Hauptstadt diskutiert. Als Hauptstadtunion stellt sich uns die Frage, wie wir unsere Rolle als Hauptstadt Deutschlands wahrnehmen, welches Selbstverständnis wir haben und wie wir diese Rolle 24 Jahre nach dem Beschluss des Bundestages, 20 Jahre nach Erlass des Berlin-Bonn-Gesetzes, jetzt auch ausfüllen können.

Mit dem Leitantrag „Es läuft in Berlin! Aber wird die Stadt auch an allen Stellen gut gemanagt?“ hat die Fraktion konkrete Forderungen für ein besseres Stadtmanagement erarbeitet.



Die Berliner ärgern sich in ihrem Alltag über viele Missstände, bei denen der Eindruck entsteht, dass beim Stadtmanagement noch „Luft

nach oben“ ist, hin zu mehr Effizienz, Effektivität, Schnelligkeit und kreativer Offenheit. Die Berliner klagen über lange Wartezeiten in den Bürgerämtern, dreckige Parks und schlechte Straßen, Unternehmen beschwerten sich über eine mangelhafte Baustellenkoordination. Die CDU-Fraktion Berlin will dafür Sorge tragen, dass wir hier zu Verbesserungen und neuen Lösungswegen kommen.

Abschließend hat die CDU-Fraktion Berlin damit begonnen, sich auf die Beratungen zum Landeshaushalt 2016/2017 vorzubereiten. Dies ist das wichtigste Projekt, das in dieser Legislaturperiode noch ansteht und das auch über die aktuelle Legislaturperiode hinaus Möglichkeiten zur Gestaltung bietet. Für uns als CDU steht dabei weiterhin fest: „Schuldenabbau und zusätzliche Investitionen!“. Wir haben in den vergangenen 3,5 Jahren damit begonnen, die Schulden des Landes zu reduzieren, statt sie wie unsere Vorgänger zu vermehren. Und wir haben dafür gesorgt, dass wir mit dem Zukunftsfonds ein Gestaltungsinstrument geschaffen haben, die Mehreinnahmen zur Hälfte auch für Investitionen in die Infrastruktur, die eine stetig wachsende Stadt wie Berlin nötig hat, zur Verfügung zu stellen. Und diesen Weg werden wir weiter voranschreiten und Berlin zukunftsfest machen. Mit der CDU-Fraktion wird auch in den anstehenden Beratungen nicht an der Konsolidierung des Haushalts gewackelt.

Sämtliche Beschlüsse der Klausurtagung finden Sie auf der Homepage der CDU-Fraktion Berlin: <http://www.cdu-fraktion.berlin.de/>

*Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,*

das ‚Ja‘ zur gleichgeschlechtlichen Ehe in Irland hat die Frage neu aufgeworfen, ob es nicht anstelle der Eingetragenen Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlichen Paaren in Deutschland auch ermöglicht werden



AUF EIN WORT

sollte, eine Ehe einzugehen.

In der Frage der rechtlichen Gleichstellung kann man sehr unterschiedlicher Auffassung sein. Auf Vorschlag unseres Landesvorsitzenden Frank Henkel hat der Vorstand der CDU Berlin beschlossen, unsere Mitglieder zu befragen. Wir stoßen damit eine wichtige gesellschaftliche Debatte in unserer Stadt an und bitten Sie, uns Ihre Meinung mitzuteilen. Damit stellt die Berliner CDU einmal mehr unter Beweis, dass wir die moderne Mitmach- und Dialogpartei in Berlin sind.

Ich möchte Sie herzlich dazu ermuntern, sich zahlreich an der Befragung zu beteiligen und dem Landesvorstand der Berliner CDU Ihre Meinung zur gleichgeschlechtlichen Ehe mit auf dem Weg zu geben. Bitte tragen Sie dazu bei, dass sich ein breites Meinungsbild abzeichnet.

Mit herzlichen Grüßen

Kai Wegner

Kai Wegner, MdB
Generalsekretär der CDU Berlin



Frank Henkel: „Wir wollen #mehr!“

Der Landesparteitag der CDU Berlin im Juni 2015 trug es im Namen und auch der Landesvorsitzende Frank Henkel unterstrich es in seiner Rede – die Berliner Christdemokraten „wollen mehr“.

Unter diesem Motto diskutierten die über 300 Delegierten über eine breit gefächerte Auswahl an Themen zur Entwicklung der Stadt und wählten dabei Innen- und Sportsenator Frank Henkel erneut als Landesvorsitzenden an die Spitze. Versehen war das Motto mit einem sogenannten hashtag, einem Doppelkreuz #, das in sozialen Netzwerken zum besseren Auffinden einer Mitteilung dient.

Seit die Berliner Union wieder mit am Senatstisch sitzt, hat Berlin eine positive Entwicklung genommen. „Die Stadt hat unter unserer Regierungsbeteiligung keinen einzigen Cent neue Schulden aufgenommen, sondern sogar welche getilgt. Das Wirtschaftswachstum ist im Bundesvergleich spitze. Wir legen einen Investitionsfonds für die wachsende Stadt und

weitere Sonderprogramme auf, um neue Kitas, Feuerwachen und zusätzliches Personal bei Polizei und in der Verwaltung zu finanzieren“, sagte der CDU-Landesvorsitzende und Senator für Inneres und Sport von Berlin, Frank Henkel, auf dem Landesparteitag im Best Western Hotel Moa in Moabit. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder sprach seinen Berliner Parteifreunden großen Anteil an den positiven Veränderungen in der Stadt zu; Innensenator Frank Henkel sei es zu verdanken, dass Polizei und Sicherheitsbehörden wieder gestärkt werden. „In Berlin kann man sehen, dass wir große Städte können“, betonte Kauder.

In seiner Rede forderte CDU-Landeschef Henkel mehr und besser bezahltes Personal in der Berliner Verwaltung. Ob bei der Unterbringung von Flüchtlingen, im Bürgeramt oder bei der Polizei – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerieten vielfach an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Bei den Verhandlungen für den Hauptstadtfinanzierungsvertrag, der 2017 ausläuft, so Henkel, wolle er sich insbesondere für mehr



finanzielle Mittel für die Hauptstadtssicherheit stark machen. Jedes Jahr bekommt Berlin vom Bund 60 Millionen Euro dafür, dass Berliner Polizisten Botschaften schützen, Staatsbesuche absichern oder Demonstrationen begleiten. Tatsächlich muss die Stadt dafür aber das Doppelte ausgeben.

Außerdem sprach sich der CDU-Landeschef für ein Hauptstadtgesetz, wie es auch im Grundgesetz vorgesehen ist, aus. „Wir wollen und müssen die kommenden Jahre nutzen, um die Rolle der Hauptstadt in Deutschland nachhaltig zu definieren“, betonte Henkel. Außerdem solle es eine jährliche Hauptstadtkonferenz in Berlin geben, auf der die Rolle und wichtige Zukunftsfragen Berlins gemeinsam mit einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden sollen.

„Wir wollen mehr“, bekräftigte der CDU-Landesvorsitzende in seiner selbstbewussten Rede und formulierte den Anspruch,



nach der nächsten Abgeordnetenhauswahl mit der Union stärkste politische Kraft in Berlin zu werden. „Wir wollen den nächsten Schritt gehen – ins Rote Rathaus.“, verkündete Henkel unter großem Beifall der über 300 Delegierten auf dem Parteitag. Dass ihm dabei die Unterstützung der Berliner Christdemokraten gewiss ist, zeigten die anschließenden turnusmäßigen Parteiwahlen: Mit einer beachtlichen Mehrheit und einem eindrucksvollen Ergebnis von 90,9



Prozent wählten die Delegierten Frank Henkel zum vierten Mal in Folge zum Landesvorsitzenden der Hauptstadtunion. In seinem Amt bestätigt wurde auch Kai Wegner, der seit 2011 nun zum dritten Mal von den Delegierten als Generalsekretär gewählt wurde. Ihnen zur Seite stehen für die nächsten zwei Jahre vier Stellvertreter: Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters, der Senator für Justiz und Verbraucherschutz Thomas Heilmann, der Staatssekretär in der Innenverwaltung Andreas Statzkowski und der Bundestagsabgeordnete Frank Steffel.

Neuer Landesschatzmeister der Berliner Union ist Burkard Dregger. Zu Beisitzern (wieder) gewählt wurden: Michael Braun, Axel Ekkernkamp, Elke Hannack, Dr. Torsten Kühne, Dr. Christoph Lehmann, Götz Müller, Ralf Olschewski, Fabian Peter, Katrin Schultze-Berndt, Christina Schwarzer, Peter Trapp und Michael Vogel.

Die rund 300 Delegierten trafen jedoch nicht nur Personalentscheidungen, sondern steckten auch inhaltliche Wegmarken. So verabschiedeten die Berliner Christdemokraten eine Vielzahl von Beschlüssen zu den unterschiedlichsten Themen im Bereich Bildung, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr: Sie sprachen sich dabei unter anderem für die Einrichtung von 24-Stunden-Kitas aus, um Eltern mit wechselnden Arbeitszeiten eine flexiblere Kinderbetreuung zu ermöglichen, und forderten die Zahl der jährlich auf der Straße des 17. Juni stattfindenden Veranstaltungen deutlich zu reduzieren. Eine Auswahl der Beschlüsse des 39. Landesparteitages finden Sie im Kasten auf dieser Seite. Wenn Sie dem QR-Code folgen finden Sie alle Anträge als PDF.



„Wir sind eine liberale und soziale Großstadtspartei und machen keine Klientelpolitik, sondern eine Politik für alle Berlinerinnen und Berliner: unideologisch, unaufgeregt und pragmatisch“, unterstrich der neue und alte Generalsekretär Kai Wegner. Er sprach sich auf dem Landesparteitag erneut ausdrücklich für den Innensenator und CDU-Landesvorsitzenden Frank Henkel als Spitzenkandidaten



der CDU für die Abgeordnetenhauswahl 2016 aus: „Wir wollen, dass Frank Henkel der nächste Regierende Bürgermeister von Berlin wird.“

DAS HAT DIE CDU BESCHLOSSEN:

Einrichtung von 24-Stunden-Kitas:

Diese sollen Eltern mit wechselnden Arbeitszeiten eine flexible Kinderbetreuung ermöglichen.

Straße des 17. Juni:

Die Zahl der dort jährlich stattfindenden Veranstaltungen soll deutlich reduziert werden.

Digitale Bildung:

Die digitale Bildung der Schüler soll gestärkt werden und eine digitale Bildungsinfrastruktur aufgebaut werden.

Extremismusregister:

Es soll ein berlinweites Register für rechts-extremistische, linksextremistische sowie religiös-extremistische Vorfälle geschaffen werden.

Drogenbekämpfung:

Die CDU lehnt die Legalisierung von Cannabisprodukten ab. Neben repressiven Mitteln bedarf es vor allem einer umfassenden Präventionsarbeit. Eine Aufklärungskampagne in den Berliner Schulen soll über die Gefahren des Cannabiskonsums aufklären.

„Park and Ride“ im Berliner Umland:

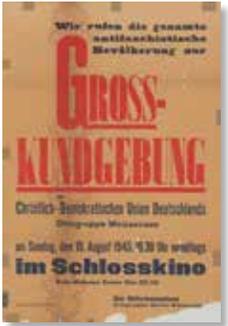
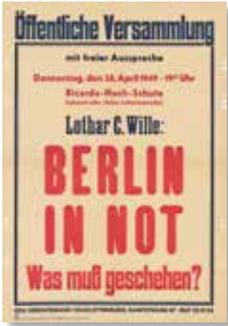
Die CDU Berlin spricht sich für ein integriertes „Park and Ride“-Konzept an den Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs im Berliner Umland aus, um die Zahl der KFZ-Pendler nachhaltig zu senken. Die zuständige Senatsverwaltung soll ein solches Konzept ausarbeiten und umsetzen.

Bezahlbarer Wohnraum innerhalb des S-Bahn-Rings:

Die CDU setzt sich in Berlin für eine soziale Durchmischung in den Kiezen ein. Darum sollen u.a. Leerstand und Zweckentfremdung bekämpft werden und sich die Mieten von ehemaligen Sozialwohnungen an der jeweiligen Vergleichsmiete orientieren.

weitere Beschlüsse auf: www.cdu.berlin (oder QR-Code)





Diese und weitere historische Wahlplakate der CDU finden Sie online im Plakat- und Filmarchiv der Konrad Adenauer Stiftung. www.kas.de/wf/de/42.40/



Alle Weichenstellungen der Bundesrepublik maßgeblich mitgestaltet

Vor 70 Jahren, am 26. Juni 1945, erfolgte der Berliner Gründungsaufwurf der Christlich Demokratischen Union.

In der Platanenallee 11 in Berlin-Charlottenburg hatten sich evangelische und katholische Christen, Gewerkschafter und ehemalige Anhänger der konfessionellen, liberalen und konservativen Parteien der Weimarer Republik zusammengefunden. Weit mehr als die Hälfte von ihnen gehörte den Widerstandskreisen gegen die Nationalsozialisten an. Viele hatten als politische Gefangene im Gestapo-Gefängnis und KZ gesessen oder wie Jakob Kaiser im Potsdamer Kellerversteck die Schrecken von Krieg und Terrorherrschaft überlebt. Nur wenige Wochen nach Kriegsende wollten sie einen Neuanfang wagen. In dem Gründungsaufwurf heißt es: „In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich-Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit

und zum Aufbau einer neuen Heimat auf. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“

Die CDU verstand sich dabei von Anfang an als Union, als eine Vereinigung der demokratischen Kräfte der Gesellschaft. Die Macht ergreifung der Nationalsozialisten und der Untergang der Weimarer Republik wurden unter anderem darauf zurückgeführt, dass die demokratischen Parteien sich untereinander misstrauten und zerstritten waren. Dem sollte mit der Union bewusst entgegen gewirkt werden. Der Charakter der gesellschaftliche

Schichten verbindenden Volkspartei CDU ist damit schon in ihrer Gründung angelegt.

Als verbindendes Element diente und dient bis heute das christliche Menschenbild und die aus ihm abgeleiteten moralischen und rechtlichen Grundsätze. Die Gründer der CDU grenzten sich damit von der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus ab und suchten gemeinsame Anknüpfungspunkte in der christlich-abendländischen Tradition. Insofern verstand sich die Partei in der Bewahrung dieser Werte als „konservativ“, in der Wertschätzung der Freiheit und des Freiheitsstrebens als „liberal“, und nicht zuletzt in ihrem Bestreben um Gerechtigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenleben als „sozial“.

Dieser verbindende Ansatz war grundlegend neu in der deutschen Parteiengeschichte, die vor der Diktatur der Nationalsozialisten in viele Klientelparteien zersplittert war. Sie setzte auch ein nachhaltiges Signal für den demokratischen Neubeginn, indem die Union mit ihrem politischen Gestaltungswillen, unterschiedliche politische und gesellschaftliche Strömungen in die politische Mitte zwischen Rechtskonservatismus auf der einen und Sozialdemokratie und Kommunismus auf der anderen Seite integrierte.

Zur gleichen Zeit und unabhängig voneinander hatten sich in ganz Deutschland ähnliche Gruppen wie in Berlin zusammengefunden und christlich-demokratische und christlich-soziale Parteien neu gegründet. Die CDU entstand aus einer Vielzahl unterschiedlicher lokaler Initiativen. Diese schlossen sich zu eigenständigen Landesverbänden zusammen. Die Gründung der Bundes-CDU wurde erst am 11. Mai 1950 von den Vorsitzenden und Vertretern aller CDU Landesverbände in

Königswinter beschlossen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Konrad Adenauer gewählt, der zu dem Zeitpunkt schon Bundeskanzler war. Er führte und prägte die Partei bis 1966.

Nicht nur im Nachhinein verwundert es, wie groß die inhaltlichen Überschneidungen der einzelnen regionalen Gründungen waren. Allen gemein war das angelegte Wertefundament für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, das die Grundlage für alle christdemokratische Politik bildet. Und trotz der zunächst regionalen Perspektiven hatte die CDU von Anfang an einen gesamtdeutschen Gestaltungsanspruch. Alle großen Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, von deren Gründung und der Ausarbeitung des Grundgesetzes angefangen bis heute, hat die CDU maßgeblich mitgestaltet. Die Soziale Marktwirtschaft, die Westbindung und Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg, die Wiedervereinigung und die Europäische Einigung sind alle mit Namen großer CDU Politiker fest verbunden. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands als Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive Europas fest mit der Kanzlerschaft Angela Merkels verbunden.

Feierlichkeiten anlässlich der Gründung der CDU vor 70 Jahren

Der Berliner CDU Landesverband erinnerte am 26. Juni 2015 an historischem Ort mit einem Straßenfest an den Berliner Gründungsaufbruch vor 70 Jahren. Die Festrede hielt der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Ehrenvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Diepgen.

Die Bundespartei feiert unter dem Motto „70 gemeinsame Jahre für Deutschland“ Ende Juni eine Woche lang ihren 70. Geburtstag.

CDU – Die Partei der Sozialen Marktwirtschaft

- Mit der **Währungsreform** am 20. Juni 1948 gelingt im Westen Deutschlands der Einstieg in die Soziale Marktwirtschaft.
- 1949 wird die **Tarifautonomie** eingeführt.
- Der **Kündigungsschutz** wird 1951 eingeführt.
- 1952 wird der **Mutterschutz** eingeführt.
- Die **betriebliche Mitbestimmung** tritt 1952 in Kraft.
- Das **Kindergeld** unterstützt seit 1955 Familien mit Kindern.
- Zum 1. Januar 1957 werden **Renten** an die Entwicklung der Löhne gekoppelt.
- 1962 Einführung der **Sozialhilfe**.
- Das **„duale System“ für die Berufsausbildung** wird 1969 auf eine einheitliche Grundlage gestellt.
- 1986 führt die Regierung Kohl das **Erziehungsgeld** und den **Erziehungsurlaub** für Eltern ein.
- Am 1. Juli 1990 gehen die Bundesrepublik und die DDR eine **Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** ein. Die D-Mark wird offizielles Zahlungsmittel in der DDR.
- Die **Pflegeversicherung** wird 1995 eingeführt.
- Das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** führt 1996 den ersten tariflichen Mindestlohn ein.
- Der **Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz** gilt ab 1996. Der **Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz** seit 2013.
- Das **Betreuungsgeld** wird 2013 eingeführt.
- Das **Pflegestärkungsgesetz** stärkt seit 2015 die häusliche Pflege
- Ein beschäftigungsfreundlicher **Mindestlohn** tritt 2015 in Kraft.

Vielseitiges Informations- und Unterhaltungsprogramm

- Talkrunden und Gesprächsmöglichkeiten
 - Hausführungen
 - Showküche mit Fernsehkoch Armin Roßmeier
 - Spiel und Spaß für Kinder
 - Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik
- keine Anmeldung erforderlich

ab ca. 13.30 Uhr mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU



Argumente und Meinungen zur Mitgliederbefragung

Die CDU Berlin ist der erste Landesverband der CDU Deutschlands, der eine Mitgliederbefragung zu einer Sachfrage durchführt. Anfang Juli 2015 werden die 12.500 Mitglieder dafür mit der Post die Unterlagen erhalten. Zur Durchführung der Befragung hat der CDU Landesvorstand einen Befragungsvorstand berufen, der die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens sicherstellt, sowie eine Kommission ernannt, die diese Befragung inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Dieser Kommission gehören unter anderem die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Cornelia Seibeld und Stefan Evers an. Im Folgenden tauschen sich beide über die Argumente zur Gleichstellung eingetragener gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe aus.

BR: Frau Seibeld, Sie haben sich kürzlich im Parlament in der Debatte für eine Beibehaltung der traditionellen Ehe ausgesprochen. Was sind Ihre wichtigsten Argumente?

Seibeld: Die Ehe bildet einen stabilen Rahmen für Kinder und ist damit die „Keimzelle der Gesellschaft“. Auch deshalb wird sie grundgesetzlich geschützt. Gleichgeschlechtliche Paare können auf natürlichem Weg aber keine Kinder bekommen; darin unterscheiden sich beide Beziehungen.

Ich habe mich in der Tat dafür ausgesprochen, sehr genau die Konsequenzen der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu diskutieren. Übrigens in Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm der CDU Deutschland, in dem es heißt: „Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen....Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Eine Gleichstellung mit

der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.“

BR: Herr Evers, Sie treten für die vollständige Gleichstellung mit der Ehe ein. Was erwidern Sie darauf?

Evers: Die Berliner CDU setzt sich schon lange für die rechtliche Gleichbehandlung homosexueller Partnerschaften



ein, auch auf Bundesebene. Und das aus gutem Grund. Die Gesellschaft wird stärker, wenn zwei sich liebende Menschen sich auf der Basis eines gegenseitigen Gelöbnisses auf Lebenszeit aneinander binden, Verantwortung übernehmen und einander unterstützen.

Das ist gelebtes CDU-Programm. Dieses Bekenntnis verdient den besonderen Schutz, den das Grundgesetz der Ehe zubilligt – übrigens unabhängig davon, ob daraus Kinder hervorgehen.

Nicht nur, aber erst recht in Berlin ist niemandem vermittelbar, warum dieser Schutz ausdrücklich gleichgeschlechtlichen Paaren vorenthalten bleiben sollte. Ob das Eheversprechen zwischen einem Mann und einer Frau, einem Mann und einem Mann oder einer Frau und einer Frau erfolgt, darf nicht zu unterschiedlichen Wertungen des Staates führen.

BR [an beide gerichtet]: Besonders emotional ist die Debatte um das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Was sagen Sie dazu?

Seibeld: Die Adoption eines Partners und die anschließende Sukzessivadoption des gleichgeschlechtlichen Partners sowie die Adoption von Stiefkindern gibt es bereits. Wir reden also nur noch von der gleichzeitigen Adoption eines nicht mit den Adoptionsbewerbern verwandten Kindes beider homosexueller Eltern. Die Entscheidung muss letztlich immer und ausschließlich am Kindeswohl orientiert sein.

Sorgen mache ich mir aber vor allem um die weiteren Folgen. Der Kinderwunsch wird angesichts der geringen Zahl der zur Adoption freigegebenen Kinder durch Adoption in den meisten Fällen nicht befriedigt werden können. Kommen dann die Leihmutterschaft und die Eizellenspende



verbunden mit dem Wunsch nach perfekten Kindern dank Präimplantationsdiagnostik?

Evers: Was die Adoption angeht, sind wir uns völlig einig. Weder heterosexuelle noch homosexuelle Paare haben jetzt oder in Zukunft einen Anspruch darauf, Kinder zu adoptieren. Es geht also gar nicht um eine Gleichstellungsfrage oder den Ehebegriff. Es geht ausschließlich um das Kindeswohl.

Leihmutterschaft und Präimplantationsdiagnostik sind nach meiner festen ethischen Überzeugung grundsätzlich abzulehnen. Und zwar völlig unabhängig davon, ob der Kinderwunsch von einem heterosexuellen oder einem homosexuellen Paar ausgeht. Ich sehe da absolut keinen Zusammenhang zu der Frage, ob wir gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe ermöglichen.

BR: Eine weitere entscheidende Frage in der Diskussion ist, ob die Bezeichnung „Ehe“ zukünftig



auch für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gelten sollte. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Seibeld: Es geht nicht nur um eine Bezeichnung, sondern auch um die Bedeutung der Ehe in unserer Gesellschaft. Unsere Gesellschaft profitiert von der Vielfalt im Zusam-

menleben. Nichteheleiche Gemeinschaften, Patchworkfamilien, Alleinerziehende, Ehen sowie eingetragene Lebenspartnerschaften jeweils mit und ohne Kinder gehören selbstverständlich dazu. Die Ehe ist für unsere Gesellschaft und deren Fortbestand besonders wichtig, weil sie eine bewährte institutionelle Grundlage für die Familie ist. Dieser Aspekt

geht über eine bloße Beistandsgemeinschaft, die selbstverständlich auch gleichgeschlechtliche Paare bilden können, hinaus. Warum sollten wir institutionell alles über einen Kamm scheren? Aus gutem Grund definiert daher auch das Bundesverfassungsgericht die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau.

Evers: Für mich geht das Eheversprechen von zwei Menschen, die einander in Liebe verbunden sind, über eine bloße Beistandsgemeinschaft hinaus. Egal, ob hetero- oder homosexuell.

Seit fast zwei Jahrzehnten ist die ‚Eingetragene Lebenspartnerschaft‘ in Deutschland gelebte Wirklichkeit. Der Begriff hat aber nie Einzug in den Sprachgebrauch gehalten. Wenn zwei Männer oder zwei Frauen ihre ‚Lebenspartnerschaft eintragen‘ lassen, dann spricht schon heute jeder von „Hochzeit“, „Heirat“ und „Ehe“. Schon deshalb sollten wir die lebensfremde Unterscheidung zwischen Lebenspartnerschaft und Ehe beenden.

Das Bundesverfassungsgericht hält diesen Weg ausdrücklich offen unter der Voraussetzung, dass sich das gesellschaftliche Verständnis des Ehebegriffs in Deutschland verändert hat. Vieles deutet inzwischen darauf hin.

Chronologie zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare

1872: Der **Paragraf 175** des neuen deutschen Reichsstrafgesetzbuches stellt sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe.

1969: Im Zuge einer Liberalisierung der Gesetzgebung sind einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen in ganz Deutschland nicht mehr strafbar.

1979: In Berlin, Bremen und Stuttgart finden die ersten **Christopher Street Days** statt, auf denen Homosexuelle gegen Ausgrenzung demonstrieren.

1989: Als weltweit erster Staat führt Dänemark die registrierte **Lebenspartnerschaft** für gleichgeschlechtliche Paare ein. Ob Homo-Ehe oder registrierte Partnerschaft – in 16 der 27 EU-Staaten gilt heute eine der beiden Regelungen, das heißt, in mehr als der Hälfte der EU-Länder.

1993: Das Bundesverfassungsgericht verneint einen **Anspruch gleichgeschlechtlicher Paare** auf Eheschließung, hält aber die rechtliche Absicherung homosexueller Partnerschaften für klärungsbedürftig.

1994: Im Zuge der Wiedervereinigung wird der **Paragraf 175**, der Homosexualität unter Strafe stellte, für ganz Deutschland aufgehoben.

2001: Das **Lebenspartnerschaftsgesetz** tritt in Kraft. Erstmals in der Geschichte Deutschlands können gleichgeschlechtliche Paare eine rechtlich anerkannte Verbindung eingehen.

2002: Mit dem Urteil vom 17.07.2002 bestätigt das Bundesverfassungsgericht das **Lebenspartnerschaftsgesetz**. Es verstoße nicht gegen den besonderen verfassungsrechtlichen Schutz von Ehe und Familie.

2005: Das „Gesetz zur **Überarbeitung** des Lebenspartnerschaftsrechts“ tritt in Kraft, mit dem das Lebenspartnerschaftsrecht weitgehend an das Eherecht angeglichen wird.

2006: Das neue **Antidiskriminierungsgesetz** verbietet unter anderem Diskriminierungen wegen sexueller Orientierung im Arbeitsrecht.

2009: Das Bundesverfassungsgericht erklärt eine **Ungleichbehandlung** von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der Hinterbliebenenrente des öffentlichen Dienstes für verfassungswidrig.

2010: Das **Bundesverfassungsgericht** entscheidet, dass homosexuelle Lebenspartner bei der Erbschaftsteuer nicht gegenüber Ehepaaren benachteiligt werden dürfen.

2012: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass homosexuelle Paare bei der Grunderwerbssteuer nicht benachteiligt werden dürfen.

2013: Das Bundesverfassungsgericht urteilt, dass das Ehegattensplitting auch für homosexuelle Paare zu gelten habe.

2015: Die Bundesregierung beschließt einen Gesetzesentwurf, um die eingetragene Lebenspartnerschaft der Ehe weiter anzugleichen. Dabei geht es vor allem um Textänderungen in Gesetzen: Wo bisher nur von Eheleuten die Rede war, werden künftig auch Lebenspartner genannt.

Ihre Berliner Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag

WEGNER: DISKUSSION MIT PROFESSOR ALBERT SPEER

Kai Wegner lud im Juni wieder als Großstadtbeauftragter zur Gesprächsrunde in den Bundestag ein. Gastredner diesmal war Professor Albert Speer, der als einer der einflussreichsten und profiliertesten internationalen



Stadtplaner gilt. Professor Speer, Kai Wegner und die Teilnehmer diskutierten gemeinsam über nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte und Zukunftsarchitektur. Kai Wegner gab sich zusammenfassend überzeugt: „Die Stadt der kurzen Wege ist das Leitmotiv der Zukunft für die nachhaltige Stadt. Lebensqualität setzt eine gesunde Mischung zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Verkehrsanbindung und Freizeit voraus.“

DISKUSSION ZU „JUNGEN“ PERSPEKTIVEN DER KULTURPOLITIK

Monika Grütters traf sich mit der Jungen Union Wuhletal und interessierten Mitgliedern aus anderen Berliner Bezirken, um gemeinsam über „junge“ Perspektiven für Kunst und Kultur zu diskutieren. Die Abgeordnete konnte dabei berichten, dass immer mehr Kultureinrichtungen verstehen, dass ein junges Publikum nicht nur die Klassiker schätzt,



sondern sich auch für aktuelle Themen und zeitgenössische Stoffe interessiert. Deshalb ermutigte Monika Grütters die Nachwuchspolitiker, sich mit dem vielfältigen kulturellen Angebot „ihrer“ Hauptstadt zu beschäftigen, das auch für junge Leute stets etwas zu bieten habe.

UNION MACHT DRUCK: SPEICHERPFLICHT FÜR ...

... Verbindungsdaten kommt - Gesetz ermöglicht bessere Bekämpfung schwerer Straftaten. Der Bundestag berät derzeit auf Druck der Union über das Gesetz zur Speicherpflicht von Verbindungsdaten. „Damit ermöglichen wir Polizei und Ermittlungsbehörden endlich, bei schweren Straftaten Zugriff auf wich-



tige Daten zu erhalten, um Straftäter und kriminelle Netzwerke ausfindig zu machen“, sagt Dr. Jan-Marco Luczak, stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses. Es geht nicht um die Speicherung von Kommunikationsinhalten, sondern lediglich um Verbindungsdaten und Standortinformationen. Die Speicherdauer dieser Daten beträgt maximal zehn Wochen.

FÜCHSE ERÖFFNEN SPORTPARK IN REINICKENDORF

Die Füchse Berlin-Reinickendorf eröffneten gemeinsam mit DOSB-Präsident Alfons Hörmann ihren neuen 12.000 qm großen Sportpark in der Kopenhagener Straße im Ortsteil Reinickendorf-Ost mit einem riesigen Sport- und Kulturfest. Über 7000 Besucher probier-



ten die rund 23 Sportangebote des Vereins selbst aus. Höhepunkt war das „Duell der Giganten“, in dem die Füchse-Handballer mit ihrem Präsidenten Frank Steffel gegen die Bundesliga-Frauen des 1. FC Lübars antraten. Die feierliche Siegerehrung übernahm der Innen- und Sportsenator Frank Henkel. Die komplette Handball-Bundesligamannschaft der Füchse war gekommen, um den ersten europäischen Pokalsieg in der eigenen Halle mit ihren Fans zu feiern.

EINREISEVERBOT UND UKRAINEKONFLIKT

Im Mai 2015 wurde Karl-Georg Wellmann, Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe, die Einreise nach Russland verweigert und ein Einreiseverbot verhängt. Nach Protesten der Bundesregierung musste Russland eine „Schwarze Liste“ veröffentlichen, auf der neben Wellmann 88 weitere westliche Politiker stehen. Wellmann (auf dem Bild während einer Diskussion mit der



stellvertretenden Präsidentin des ukrainischen Parlaments) arbeitet weiterhin an einer Lösung des Ukraine Konflikts und nimmt hierzu u.a. am 10. Globsec Bratislava Security Forum, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg und der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Helsinki teil.

BELLEVUE DIGITAL

Gemeinsam mit Kollegen des Ausschusses der Digitalen Agenda wurde Christina Schwarzer MdB zu einem Austausch mit dem Bundespräsidenten Joachim Gauck in das Schloss Bellevue eingeladen. Schwerpunktmäßig ging es um die digitalen Herausfor-



derungen und Chancen Deutschlands. Viele kleine und mittelständische Betriebe haben bei der Digitalisierung noch Nachholbedarf. Damit diese Unternehmen aufholen, muss die Politik die Rahmenbedingungen verbessern. Joachim Gauck sicherte abschließend zu, bei der Realisierung der Ziele für ein digitales Deutschland unterstützend zur Seite zu stehen.

DER FC BUNDESTAG BEI DER EUROPAMEISTERSCHAFT

Für viele steht Sport im direkten Zusammenhang mit ehrgeizigem Wettbewerb. Dass Sport auch für kulturellen Austausch und bilaterale Freundschaft stehen kann, zeigt beispielsweise Dr. Martin Pätzold, der sich als Stürmer in der Mannschaft des FC Bundestages engagiert und dort versucht – ebenso wie als stellvertretender Vorsitzender des Bezirkssportbundes Lichtenberg – Sport mit gesellschaftlichem Engagement zu verbin-



den. Wenngleich der FC Bundestag bei den Europameisterschaften der Parlamentarier aus Deutschland, Finnland, Österreich und der Schweiz nur den vierten Platz belegte, wurde Dr. Pätzold Torschützenkönig der Bundestagsmannschaft mit dem einzigen Treffer der Mannschaft im Turnier.

STOLPERSTEINE AM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Zusammen mit anderen Abgeordneten hat Dr. Philipp Lengsfeld eine Patenschaft für zehn Stolpersteine am Deutschen Bundestag übernommen. Am 9. Juni fand die Verlegung durch den Künstler Gunter Demnig statt. Die Steine erinnern an ehemalige jüdische Bewohner der Adresse Schiffbauerdamm 29, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Heute befindet sich dort das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestags.



BUND FÖRDERT EINBRUCHSCHUTZ MIT 30 MIO. EURO

Maßnahmen zum Schutz vor Einbrüchen werden 2015 bis 2017 mit insgesamt 30 Mio. € gefördert. Das hat der Bundestag auf



Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion beschlossen. Zuschussberechtigt werden Eigentümer und Mieter sein, die mindestens 500 € zur Sicherung der Wohnung oder des Hauses aufgewendet haben. Den Ursprung hatte die Initiative auf dem Landesparteitag der Berliner CDU 2014 genommen. Details über die Antragstellung zur Erlangung der Fördermittel teilt Klaus-Dieter Gröhler, Mitglied des Haushaltsausschusses, gern auf Anfrage mit. Einfach E-Mail mit dem Stichwort „Eigentumschutz“ an klaus-dieter.groehler@bundestag.de senden.

IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin ,Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG Kai Wegner, Chefredakteur Dirk Reitze, REDAKTION Janine Pietsch, Johann von Diest, DRUCKEREI Vettors

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: S.1: istock@nikida; S.2: Tobias Koch S3: CDU-Fraktion Berlin, Yves Sucksdorff; S.4/5: Joseph Erb, Dirk Reitze; S.6: Dirk Reitze, KAS/ACDP, CDU@UlrichGelsen; S.8/9: Thorsten Schatz; S.10: Bundestagsbüro (BTBü) Wegner, BTBü Grütters, BTBü Dr. Luczak, BTBü Dr. Steffel; S.11: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler, BTBü Christina Schwarzer, BTBü Dr. Pätzold, BTBü Dr. Lengsfeld, BTBü Gröhler; S.12: Dirk Reitze; S.13: privat, Denny Rosenthal; S.14: privat, CDU Pankow; S. 15: privat, Götz Müller; S.16: Flickr@artie, VisitBerlin@WolfgangScholvien, Dirk Reitze. Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

Gedenken an den 17. Juni 1953 stärken

Der 17. Juni ist nicht irgendein Tag im Jahreskalender, sondern ein herausragendes Datum der deutschen Freiheits- und Einheitsgeschichte. Eine Lehre aus dem Volksaufstand ist, dass Freiheit und Demokratie alles andere als selbstverständlich sind. Deshalb muss der 17. Juni 1953 aus der Erinnerungsreserve geholt werden.

„Das SED-Regime konnte zwar die Menschen im Juni 1953 unterdrücken, aber niemals deren Freiheitsliebe besiegen. Die Ideen und Ideale der Demonstranten lebten fort“, erklärte Kai Wegner bei der Gedenkveranstaltung am Platz des Volksaufstandes. Der gescheiterte Volksaufstand von 1953 mit der



deprimierenden Gewalterfahrung und die geglückte Revolution von 1989/90 seien zwei Seiten derselben Medaille. „Der Sieg der Freiheit über die Unterdrückung, der Sieg der Demokratie über die Diktatur, die Wiedervereinigung unseres Landes: All das ist auch das Verdienst der mutigen Männer und Frauen des 17. Juni

1953“, so Kai Wegner, der auch Generalsekretär der Berliner CDU ist.

Es gibt immer weniger Zeitzeugen, die ihr Wissen an die junge Generation weitergeben können. Umso wichtiger ist eine lebendige, authentische Gedenk- und Erinnerungskultur. „Gerade die Schulen sollten dem Volksaufstand eine stärkere Beachtung schenken, denn die Wissenslücken unter den Schülern sind teilweise erschreckend“, führte Kai Wegner aus. Wünschenswert sei auch eine weitere Benennung von Straßen und Plätzen, um an authentischen Erinnerungsorten Geschichte für die nachgeborene Generation erfahrbar zu machen.

CDU GESCHÄFTSSTELLEN IN DEN BEZIRKEN

Reinickendorf

Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin,
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53,
Email: info@cdu-reinickendorf.de
www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow

Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Lichtenberg

Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Rathaus Charlottenburg, Raum 229,
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 566 974 54, Fax: 566 974 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 801 094 10, Fax: 801 094 119
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Treptow-Köpenick

Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: cdu-kv-tk@arcor.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: info@cdu-ts.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 688 22 99, Fax: 688 09 747
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

Die Union vor Ort in Ihrem Bezirk

MALSTUNDE MIT EINEM ROCKSTAR

Bei einer gemeinsamen Aktion bemalten Kinder, Senioren und Bewohner des Wohnheims Treptow zusammen mit Gene Simmons, Mitglied der Rockband KISS, ein



Segment der Berliner Mauer. Auch Bezirksstadtrat Michael Vogel war dabei, als im Garten des Wohnheims des Unionhilfswerks das einstige graue Symbol der Trennung Europas mit bunten Farben bemalt wurde. Mit einem „That's superb!“ bewertete Simmons stolz das Ergebnis. Bei der Mal-Aktion handelt es sich um eine Kooperation von My Theo e.V. und der Deutschen Matt Lamb Gesellschaft e.V. Sie geht auf den verstorbenen Irisch-Amerikanischen Künstler zurück, der mit von Kindern bunt bemalten Regenschirmen weltweit ein Zeichen für den Frieden setzte.

BESUCH DES VIVANTES HUMBOLDT-KLINIKUMS

Der geschäftsführende Direktor Herr Dr. Schmitt, der ärztliche Direktor Herr Prof. Dr. Adam, sowie der Chefarzt der Anästhe-



sie Herr Dr. Freitag und der für Baufragen zuständige Abteilungsleiter des Baumanagements Herr Rösler empfingen Frau Demirbüken-Wegner und Herrn Zeelen in den Räumlichkeiten am Nordgraben. Kernthema waren die Investitionen, die dank des Investitionsfonds „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA) getätigt werden. Durch die SIWA-Mittel werden vier neue OP-Säle und die Zentrale Sterilisation neu gebaut.

5. FAMILIENTRADITIONSFEST AUF DEM CECILIENPLATZ

In guter Tradition haben die MIT Wuhletal und die CDU Kaulsdorf-Nord vom 8. - 10. Mai zum 5. Familientraditionsfest auf den Cecilienplatz eingeladen. Das gemeinsame



Fest stand auch in diesem Jahr wieder ganz im Zeichen des Ehrenamts und der Familien. Vereine, Institutionen, Schulen, Kitas und Akteure aus unserem Bezirk präsentierten sich auf der großen Showbühne und/oder an einem der zahlreichen Stände auf dem Cecilienplatz. Gut 9.000 Besucher nutzen die Gelegenheit, sich zu informieren und mitzumachen. Als Ortsverband konnten wir viele gute Gespräche führen und für die Themen der Union werben.

MÜLLWERKER AUF ZEIT: ABGEORDNETER DIETMANN

Michael Dietmann, Abgeordneter für das Märkische Viertel und Lübars, verschaffte sich bei der BSR einen persönlichen Eindruck als „Müllwerker auf Zeit“. Nachdem er auf dem BSR-Betriebshof Malmöer Straße seine



Sicherheitsbekleidung bekommen hatte, ging es mit einem der vielen BSR-LKW vom Hof. Im Senftenberger Ring wurden die ersten 1,1-Kubikmeter-Behälter von den

neuen, verschlossenen Standflächen zum Lkw gerollt und entleert. Nachdem die Müllschlucker in den Hochhäusern geschlossen wurden, gibt es jetzt weitere Wege zu den neuen Standplätzen. Einige haben da noch Gewöhnungsprobleme oder protestieren auf ihre Art gegen den Weg zum Abfallbehälter. Das einmal umfassend und auch aus Sicht der BSR in Augenschein zu nehmen, war Anlass für diese eindrucksvolle Tour.

FU ZU GAST BEI STAATSMINISTERIN PROF. MARIA BÖHMER

Die Frauen-Union Berlin war zu Gast bei der Staatsministerin Prof. Maria Böhmer im Auswärtigen Amt. Thema war: „Die deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen“. Dabei wurde schwerpunktmäßig über die Krise im Nahen und Mittleren Osten diskutiert. Auf dem Bild zu sehen sind Staatsministerin und Bundesvorsitzende der Frauen-Union Prof. Dr. Maria Böhmer, Landesvorsitzende



der Frauen-Union Berlin, Edeltraut Töpfer, mit Mitgliedern des Landesausschusses der Frauen-Union Berlin.

BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS

Beim dritten Treffen des Berliner „Bündnis für Demokratie und gegen Extremismus“ kamen wieder zahlreiche Vertreter deutsch-arabischer Vereine und der Integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Burkard Dregger, zusammen. Das Bündnis ist 2014 auf Initiative Burkard Dreggers ins Leben gerufen worden. Ziel dieses Bündnisses ist es, im Schulterschluss von Politik und Zivilgesellschaft präventiv gegen Extremismus vorzugehen. Der Innensenator von Berlin, Frank



Henkel, wies in seiner Eröffnungsrede auf die zunehmenden Gefahren durch islamistischen Extremismus hin und verdeutlichte die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen. Gleichzeitig bekräftigte er, dass die weit überwiegende Mehrheit der Muslime in Berlin friedliche und verfassungstreue Bürger und ein wertvoller Teil dieses Landes sind.

FAMILIENFEST IM MEDIENPOINT

Gelesene Bücher spenden und sich gleichzeitig mit neuer, gebrauchter Literatur versorgen, das ist seit 10 Jahren im MedienPoint in der Crellestraße 9 in Schöneberg möglich. Dieses Jubiläum wurde mit einem Familienfest gefeiert. Die Veranstaltung stand unter



der Schirmherrschaft von Petra Dittmeyer, der Bezirksverordnetenvorsteherin von Tempelhof-Schöneberg. Dittmeyer, rechts im

Bild, überbrachte herzliche Glückwünsche und unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung des Lesens.

VORSTANDSKONFERENZ DER CDU PANKOW

Wie können wir Pankow noch lebenswerter gestalten? Diese Frage war Mittelpunkt der zweiten Vorstandskonferenz der CDU Pankow. Nach einer Führung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, trafen sich knapp 70 Mitglieder aus den Vorständen



unserer Ortsverbände und Vereinigungen im Konrad-Adenauer-Haus. Neben dem persönlichen Kennenlernen gab es eine intensive Diskussion zu einer Vielfalt an Themen: von Schule, Verkehr bis zum Zustand der Grünflächen. Sie bieten die Grundlage für unsere Arbeit in Pankow und unser Programm für die Berlin-Wahlen 2016.

CDU ALT-TEMPELHOF DISKUTIERT MIT SOZIALSENATOR CZAJA ÜBER FLÜCHTLINGE

Die Flüchtlingswelle in Berlin wird immer größer, seit Februar gibt es auch eine Notunterkunft in der Tempelhofer Colditzstraße. Deshalb hat der Ortsvorsitzende der CDU Alt-Tempelhof, Markus Klaer, MdA, zu einer Diskussion mit Berlins Sozialsenator Mario Czaja eingeladen. Unter den rund 30 Teilnehmern war auch die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Anja Schillhaneck, und die neue Leiterin des Flüchtlingsheims, Rim Farha. Gute zwei Stunden nahm sich Czaja Zeit, um eindrucksvoll von der Mammutaufgabe zu berichten, den Flüchtlingsstrom in Berlin zu bewältigen.



DIE „WOCHE DER CDU FROHNAU“

Mit insgesamt 20 Veranstaltungen veranstaltete der Ortsverband Frohnau Anfang Juni zum wiederholten Mal die „Woche der CDU Frohnau“. Die Reinickendorfer Ortsvorsitzende und Bezirksstadträtin Katrin Schultze-Berndt bot



Mitgliedern und Interessenten ein vielfältiges Programm. Mit einem Besuch im Bundestag bei Dr. Frank Steffel, Diskussionen zur Verkehrs- und Baupolitik und Nordic Walking war für alle etwas Spannendes dabei. Ein großer Erfolg.

BERLIN BRAUCHT KEHRENBÜRGER, WIE PACKEN WIR ES AN

Der Ortsverband City-Kurfürstendamm beteiligt sich schon traditionell am Aktionstag der Wilmersdorfer Arcaden. Am 30. Mai war es mal wieder so weit. Junge und alte Mitglieder des OV traten gemeinsam mit vielen Charlottenburg-Wilmersdorfern an, ihren Kiez noch ein bisschen lebenswerter zu machen. Alle waren hochengagiert und da kann es schon mal vorkommen, dass das



jüngste Mitglied des Ortsverbandes, Leon Wagner, dem Stadtrat für Soziales und Ortsvorsitzenden Carsten Engelmann im Rahmen der Qualitätskontrolle zeigt, wo noch ein wenig nachzubessern ist.

CDU-BÜRGERFEST IM KRUGWIESENHOF

Über 700 Besucher konnte die CDU Hohenschönhausen zu ihrem mittlerweile 2. Bürgerfest im Krugwiesenhof bei bestem Wetter sowie zu Musik- und Tanzgruppen begrüßen. Trotz gutem Wetter stand das Fest zunächst auf der Kippe, da wenige Tage zuvor der Pferdestall des angrenzenden Abenteuerspielplatzes einem Brand zum Opfer fiel. Daher nahm die Sparkasse das Fest zum Anlass und übergab im Beisein von Dr. Martin Pätzold MdB



und Danny Freymark MdA dem Abenteuerspielplatz „Fort Robinson“ einen Scheck in Höhe von 1.000 Euro für den Wiederaufbau.

„SICHER RADFAHREN MIT HELM!“

Schüler aus Lichtenrade zu Besuch im Bundesverkehrsministerium. Die Schüler der Klasse



3b der Taunus-Grundschule waren ganz schön aufgeregt beim Besuch im Bundesverkehrsministerium. Immerhin trafen sie dort Minister Alexander Dobrindt (CSU), Käpt'n Blaubär und Hein Blöd. Seit 2004 zeigt Käpt'n Blaubär Kindern, wie man sich sicher im Verkehr bewegt. „Ich freue mich sehr, dass Schüler aus Lichtenrade zur Vorstellung der neuen Verkehrsfiabel ins Ministerium eingeladen worden sind“, sagte der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak. Gemeinsam mit Minister Dobrindt wirbt Luczak für das Tragen von Helmen.

4. SOMMERFEST DER CDU TEGEL BEIM SV REINICKENDORF

Bereits zum 4. Mal lud die CDU Tegel auf dem Gelände des SV Reinickendorf am Tennisplatz am Fintentropfer Weg zum Sommerfest ein. Wie schon in den Jahren zuvor wurden wieder Tennis, Musik, Prominenz, Grillfleisch und gute Gespräche für die über 250 Gästen kombiniert. Organisator und CDU-Vorsitzender Dirk Steffel ist seit Jahren mit Petrus im Bunde. Wolfgang Bosbach, MdB und Vorsitzender des Innenausschusses, CDU-Generalsekretär Kai Wegner, Senator a.D. Peter Luther, Burkhard Dregger, MDA und weitere Politiker aus



Berlin und dem Bund waren aktiv beim Spielen und trafen

dabei auf weitere prominente Mitstreiter wie Wolfgang Sidka (333 Bundesliga-Spiele, Nationaltrainer im Irak und Bahrain) und Reinhard Mager (Bundesliga-Torwart).

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DES ACDJ

Im Mai fand die Jahreshauptversammlung des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (ACDJ) statt. Nach Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Sven Rissmann, MDA, sprach Bürgermeister und Innensenator Frank Henkel zur Vorratsdatenspeicherung und zu Änderungen im Polizeirecht. Weiter

ging es um Bekämpfung der Drogenkriminalität im Görlitzer Park und mögliche Maßnahmen gegen Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte. Bei der anschließenden



Fragerunde und einem kleinen Imbiss konnten sich die Mitglieder weiter austauschen.

„WIR WAREN NACHBARN“

Die Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ informiert seit 10 Jahren im Rathaus Schöneberg über die Schicksale der ehemaligen jüdischen Nachbarn aus dem Bayerischen Viertel. Die Tempelhof-Schöneberger Stadträtin für Bildung und Kultur, Jutta Kaddatz, freute sich



bei der Eröffnungsveranstaltung sehr darüber, dass die 152 Biografien nun wieder in der großen Ausstellungshalle des Rathauses zu finden sind.

UNANGEKÜNDIGTE KONTROLLEN BEI DER KINDERBETREUUNG

„Für uns steht das Kindeswohl an erster Stelle!“, begründete die jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion in der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung, Kerstin Köppen, einen Antrag, wonach zukünftig



auch unangekündigte Hausbesuche bei Tagesmüttern durch das Jugendamt erfolgen sollten. Bisher wurden die jährlichen Kontrollen bei Tagesmüttern mit 14-tägiger Voranmeldung durchgeführt. Viele Eltern sind aber besorgt, dass diese Praxis nicht ausreicht, um die „schwarzen Schafe“ herauszufinden. Foto: Kerstin Köppen (links), jugendpolitische Sprecherin, Stephan Schmidt (rechts), Fraktionsvorsitzender

KATRIN ALBSTEIGER (CSU) UND BIRGIT KELLE BEI DER CDL BERLIN

Auf Einladung des Berliner Landesverbandes der Christdemokraten für das Leben (CDL) unterzog die stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, die Bundestagsabgeordnete Katrin Albsteiger (CSU), das neue Buch der Bestsellerautorin Birgit Kelle Gender-Gaga - Wie eine absurde Idee unseren Alltag erobern will einer „nicht so kritischen Würdigung“.



Albsteigers Fazit: „Gendermainstreaming ist Ideologie!“ Der Landesvorsitzende der CDL Berlin, Stefan Friedrich, sprach von dem Versuch der Dekonstruktion der Menschenwürde.

GESPRÄCH DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lud im Juni ein zur Friedrichshain-Kreuzberger Gesprächsreihe mit dem Thema „Wie muss eine erfolgversprechende Integrationspolitik in Berlin aussehen?“. Der große Andrang zeigte das Interesse im Bezirk und es entwickelte sich ein spannender Dialog zwischen den Experten und Zuschauern. Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg war bei der Debatte mit Kurt Wansner, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Kreisvorsitzender sowie Dr. Hikmet Gülmez als integrationspolitischer Sprecher vertreten.



Das Zitat zum Schluss

„Pack die Badehose ein,
nimm dein kleines Schwesterlein
und dann nischts wie raus nach Wannsee“

(Conny Froboess)



Die eigene Stadt als Tourist erleben

Berlin ist attraktiv. Pro Jahr übernachten knapp 27 Millionen Gäste in unserer Stadt. Hinzu kommen etwa 100 Millionen Tagesgäste, die jedes Jahr unsere Stadt besuchen.

Allein seit Beginn des Jahrtausends hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt und ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht.

Denn Berlin hat nicht nur den Berlinerinnen und Berlinern viel zu bieten. Was sind die beliebtesten Sehenswürdigkeiten, die ein Tourist gesehen haben muss? Was sind die Orte, die wir unseren Eltern, Kindern oder Freunden, die zu uns nach Berlin zu Besuch kommen, zeigen müssen? Und die auch für den echten Berliner an einem freien Wochenende immer mal wieder einen Besuch lohnen.

Die Plattform visitBerlin nennt als Top-Sehenswürdigkeiten, die der Berlin-Besucher unbedingt gesehen haben muss: den Reichstag, das Brandenburger Tor, den Fernsehturm, den Gendarmenmarkt, den Berliner Dom, den

Kurfürstendamm, das Schloss Charlottenburg, die Museumsinsel, die Gedenkstätte und das Dokumentationszentrum Berliner Mauer und den Potsdamer Platz.

Doch Berlin hat auch abseits seiner großen Sehenswürdigkeiten viel zu bieten. Berlin hat mehr Brücken als Venedig und über 70 Seen. Im Sommer laden etwa der Schlachtensee, der Plötzensee oder der Müggelsee dazu ein, die Badehose einzupacken oder sich ein Boot zu mieten. Bei einer Bootsrundfahrt auf der Spree lässt sich die Stadt auch für den Berliner aus einer neuen Perspektive erleben. Berlin ist grün. Ob Grunewald, Tiergarten, Treptower Park und Volkspark Friedrichshain oder der zwischen 2011 und 2014 neu gestaltete Park am Gleisdreieck, in kaum einer Metropole ist man so schnell im Grünen, wie in Berlin. Im Mau-



erpark oder auf der Straße des 17. Juni bieten am Wochenende Flohmärkte die Möglichkeit zum Stöbern. In Tierpark, Zoologischem Garten oder den Gärten der Welt taucht der Besucher in eine andere Welt. Unzählige Denkmäler und Plätze erinnern an die bewegte Vergangenheit unserer Stadt.



Und wenn's mal wieder regnet, woran nach Rudi Carell ja die SPD Schuld ist, oder zu heiß sein sollte, hat Berlin mit über 170 Museen für jeden Geschmack etwas zu bieten.

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030.32 6904-0 • Fax: 030.32 6904-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen.

CDU